Wie sicher ist Münchens kritische Infrastruktur?

Einordnung

Kritische Infrastrukturen (KRITIS) sind Organisationen, Anlagen und Einrichtungen, die für das Funktionieren des staatlichen Gemeinwesens und der Gesellschaft von zentraler Bedeutung sind. Ihr Ausfall oder ihre Beeinträchtigung kann zu erheblichen Versorgungsengpässen, Störungen der öffentlichen Sicherheit und schwerwiegenden gesellschaftlichen Folgen führen. Dazu zählen insbesondere die Sektoren Energie, Wasser, Gesundheit, Transport und Verkehr, Ernährung sowie Informationstechnik und Telekommunikation.

KRITIS sind vielfältigen Risiken ausgesetzt. Neben Naturgefahren und technischem Versagen zählen dazu gezielte Sabotageakte, terroristische Anschläge sowie Cyberangriffe. Gerade letztere haben in den vergangenen Jahren deutlich an Bedeutung gewonnen und stellen eine wachsende Herausforderung für Staat, Kommunen und Betreiber dar.

Für den Schutz kritischer Infrastrukturen sind in erster Linie die Betreiber verantwortlich. Sie sind verpflichtet, angemessene technische, organisatorische und personelle Maßnahmen zu ergreifen und dabei eng mit staatlichen Stellen zusammenzuarbeiten. Auf Grundlage europäischer Vorgaben hat Deutschland neue Regelungen zum Schutz kritischer Infrastrukturen auf den Weg gebracht, die Betreiber zu Risikoanalysen, Sicherheitskonzepten und zur Meldung von Störungen verpflichten.

Aktuelle Ausschnitte der Situation in München und Bayern

Der **Bericht zur Cybersicherheit in Bayern 2025** beschreibt eine anhaltend hohe Bedrohungslage. Besonders hervorgehoben wird der Anstieg mutmaßlich politisch motivierter Cyberangriffe. Für das Jahr 2024 wurden in Bayern mehr als 48.000 Fälle von Cybercrime registriert.[1]

Bayern verfügt mit dem **Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI)** über eine spezialisierte Behörde, die unter anderem ein eigenes Cyber-Defense-Team betreibt und Kommunen sowie Betreiber kritischer Infrastrukturen unterstützt.

Im Bereich der Energieversorgung verweisen die Stadtwerke München (SWM) darauf, dass das Münchner Stromnetz redundant ausgelegt ist. Fällt ein Teil des Netzes aus, können andere Netzabschnitte die Versorgung übernehmen. Auch die Bayernwerk Netz AG bewertet die Versorgungssicherheit im Freistaat insgesamt als hoch. Nach Angaben des Unternehmens sind Systeme und Anlagen so konzipiert, dass beim Ausfall einzelner Betriebsmittel andere einspringen. Gleichzeitig wird jedoch eingeräumt, dass es gegen

[1] Herrmann, Füracker und Eisenreich stellen den Bericht zur Cybersicherheit in Bayern 2025 vor: StMI

gezielte Sabotage oder extreme kriminelle Energie keinen vollständigen Schutz geben kann. Kritisch sehen Netzbetreiber zudem die Verpflichtung zur Veröffentlichung sensibler Anlagendaten, da diese potenziell neue Angriffsflächen eröffnen.

Deutlich kritischer fällt die Einschätzung aus der Katastrophenschutzforschung aus. Professor Norbert Gebbeken von der Universität der Bundeswehr München warnt, dass kritische Infrastrukturen in Deutschland insgesamt nicht ausreichend geschützt seien. Zwar habe es Fortschritte gegeben, etwa durch zusätzliche Notstromaggregate und verbesserte Katastrophenschutzkonzepte, diese reichten jedoch nicht aus.

Politische Einordnung

Der tatsächliche Stand der Sicherheit kritischer Infrastrukturen ist nur eingeschränkt öffentlich bewertbar. Politik, Sicherheitsbehörden und Betreiber stehen in einem strukturellen Spannungsfeld: Einerseits besteht ein berechtigtes öffentliches Interesse an Transparenz und demokratischer Kontrolle, andererseits können detaillierte Informationen über Schwachstellen, Schutzmaßnahmen oder konkrete Szenarien selbst zum Sicherheitsrisiko werden. Die offene Benennung von Defiziten kann potenziell als Einladung für gezielte Angriffe missverstanden oder instrumentalisiert werden.

Diese notwendige Zurückhaltung erschwert jedoch eine sachliche öffentliche Einordnung. Die Zurückhaltung beim Darlegen von Lücken darf deshalb auch nicht mit einem tatsächlichen Fehlen von Risiken verwechselt werden.

Eine verantwortungsvolle Sicherheitspolitik muss sich an realen Gefahren orientieren und Prävention, Resilienz und Vorbereitung in den Mittelpunkt stellen. Denn wiederholte Ausfälle, unzureichende Vorbereitung oder schlecht kommunizierte Krisen untergraben langfristig das Vertrauen der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit des Staates. Der Schutz kritischer Infrastrukturen ist daher nicht nur eine technische oder sicherheitspolitische Aufgabe, sondern auch eine zentrale Voraussetzung für demokratische Stabilität.

Was Volt fordert

Volt setzt sich für eine moderne, faktenbasierte Sicherheits- und Resilienzpolitik ein und fordert für München und Bayern insbesondere:

- **regelmäßige Risiko- und Bedrohungsanalysen** für alle relevanten Teile der kritischen Infrastruktur, sowie einen **klaren, aktuellen und fundierten Überblick über den Status quo** von Schutz, Resilienz und bestehenden Schwachstellen auch auf kommunaler Ebene
- einen **konsequenten Ausbau der Resilienz (insbesondere des Cyberschutzes)**, z.B. durch stärkere Unterstützung von kommunalen Betrieben. Der Fokus sollte auf dem Aufbau vielfältiger und kommunizierender Systeme liegen, statt einzelne Systeme zu perfektionieren.
- Hierzu zählt auch eine verlässliche und auskömmliche **finanzielle Unterstützung für Betreiber** kritischer Infrastrukturen, um notwendige Investitionen in Sicherheit, Resilienz, Redundanzen und Personal zu ermöglichen. Der Schutz

kritischer Infrastruktur darf dabei nicht allein auf die kommunale oder betriebliche Ebene abgewälzt werden, sondern erfordert koordinierte Förderprogramme auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene.
- **verbindliche Notfall- und Ausfallpläne** für Strom-, Wasser- und IT-Blackouts, einschließlich transparenter Kommunikationskonzepte für Bevölkerung und Wirtschaft;
- Prüfung **digitaler Unabhängigkeit und schrittweise Diversifizierung** der IT Systeme der Stadt München von Produkten außereuropäischer Staaten
- eine **sachliche, öffentliche Debatte über die reale Gefährdungslage kritischer Infrastrukturen**, statt sicherheitspolitischer Scheindebatten, die sich an gefühlter Kriminalität orientieren.

Über Volt:

Volt ist eine paneuropäische politische Bewegung, die sich für ein vereintes, zukunftsfähiges Europa einsetzt. Mit einer Politik, die auf Innovation, Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit basiert, setzt Volt auf konkrete Lösungen, die auf europäische Best-Practice-Beispiele zurückgreifen und auf nationale Gegebenheiten übertragen werden. Volt tritt für eine moderne, weltoffene Gesellschaft ein, in der die Herausforderungen der Zukunft gemeinsam und ohne ideologische Blockaden angegangen werden.

Pressekontakt:

Simon Hastreiter

presse@voltmuenchen.org